



Roland Regolien-Karl-Erb-Ring 12 - D-88213 Ravensburg – Fon/Voice: +49(0)751-2959074 Fax: +49(0)89-90406158128
Fax: +49(0)751-18055090 Mobil: +49(0)1525-4723203 E-Mail: rrredaktion@arcor.de Redaktion: <http://www.rrredaktion.eu/>

Datum: 2023-11-10

An den Intendanten Herrn Kai Gniffke
SWR
Neckarstrasse 230
70190 Stuttgart

Offener Brief

Betr.: Beitragsnummer (....), (.....) , Widerspruch und internationaler Strafantrag.

Sehr geehrter Herr Kai Gniffke.

ÖRR ist im öffentlichen Interesse. Wie jeder weiß, haftet man für seine Handlungen auch persönlich, nach internationalem Recht. Deshalb haben wir den GEZ-Vorfall (....) unserem Diplomaten zur internationalen Strafverfolgung übergeben und dieses Schreiben in Kopie auch nach Köln geschickt.

Es wird internationales Recht EU und Völkerrecht in Anspruch genommen, wegen Nötigung, weiße Folter, Bedrohung, Körperverletzung und schwere Menschenrechtsverletzungen. Wie Sie wissen dürfen keine Bedrohungen, die als psychische Folter ausgelegt werden können, wegen Geld stattfinden. Die Folgen daraus haben Sie und einige Ihrer Mitarbeiter persönlich zu verantworten, die Mitarbeiter haben wir namentlich nach Genf, Bern und in die USA gemeldet.

Unter Vorbehalt und unter Repressalien-Androhung hat (.....) die Zwangsgebühr, nebst Wucher-Säumniszuschlag unter Vorbehalt bezahlt, und erhebt vorsorglich hiermit Widerspruch.

Weitere Maßnahmen gegen Sie und gegen den ÖRR werden durch uns und von unserem Diplomaten übernommen.

Allgemeine Sachlage: Die Stimmung in Deutschland ist den Intendanten bekannt. ARD-ZDF den Stecker ziehen und die GEZ-Zahlungen einstellen. GEZ und seine unmenschlichen, tödlichen Folgen. Andere Länder schaffen die Gebühren ab und Deutschland erhöht sie. SWR-Intendant Kai Gniffke steigert sein Gehalt um 18.700 Euro. Italien senkt Rundfunkgebühren-Deutsche müssen noch mehr für Staatspropaganda und für schlechte Programme zahlen. Die Schlinge um das absurd anachronische Konstrukt öffentlich-rechtlicher Rundfunk zieht sich in Europa immer enger. Mit Italien hat nun ein weiteres Land die Zwangszahlungen an Medien zumindest reduziert. Weiterlesen unter

„Für die Unabhängigkeit der Presse“ Mitglied beim VEJ, DPI-(DJV), Whistleblower-Netzwerk, im Querdenker-Club-München.



Roland Regolien-Karl-Erb-Ring 12 - D-88213 Ravensburg – Fon/Voice: +49(0)751-2959074 Fax: +49(0)89-90406158128
Fax: +49(0)751-18055090 Mobil: +49(0)1525-4723203 E-Mail: rrredaktion@arcor.de Redaktion: <http://www.rrredaktion.eu/>
<https://rrredaktion.eu/ein-ehemaliger-ard-redakteur-packt-aus-gez-und-seine-unmenschlichen-toedlichen-folgen/>

Nicht nur die Kasseler Wirtschaftsjuristin klagt an: Rundfunkbeitrag verstößt gegen Grundgesetz. Wirtschaftsjuristin stellt klar: Rundfunkbeitrag ist grundgesetzwidrig. Die Kasseler Wirtschaftsjuristin Michelle Michel kommt in ihrer Doktorarbeit zu dem Schluss, dass der Rundfunkbeitrag, über den unter anderem die Medienkonzerne ARD und ZDF finanziert werden, gegen das Grundgesetz verstößt. Die Art der Finanzierung der sogenannten öffentlich-rechtlichen, faktischen Staatsmedien mittels eines Beitrags (und nicht über Steuern, wie in anderen Ländern üblich) steht bei Kritikern bereits seit Langem als „Zwangsgebühr“ in Verruf. Die Berichterstattung in bundesdeutschen Mainstreammedien ist tatsächlich einseitig bis propagandistisch, was sich insbesondere an gesellschaftlichen Reizthemen wie Flüchtlingskrise, Corona-Politik oder Russlandberichterstattung offenbart. Kein Wunder, dass immer mehr Bürger die Zahlung des Rundfunkbeitrags verweigern. Die Medien tragen als Treiber der vermeidbaren Corona-Krise eine Mitverantwortung für den furchtbaren Zustand der Kinder in diesem Land.

Wie man inzwischen weiß, Meinungen werden in Deutschland kriminalisiert, Herrschaftsregeln dürfen nicht hinterfragt werden, die Abschaffung der Selbstbestimmung hat mit den Corona-Regeln begonnen. Wir werden immer das internationale Recht anwenden, Regeln basieren auf Aufklärung und Erfahrungen. Ein Glaube darf nicht als Herrschaft missbraucht werden. Stellen Sie bei allem immer die Frage: "Schadet es uns was der Staat, mit unbeteiligten Menschen, da macht?" Ein Staat hat keine Emotionen zu haben, weil es gelten immer die Regeln der Gesellschaft = Gesellschaftsvertrag, der innere Kreis, Einschätzungsspielraum. Es gibt Regeln die ich nicht dem Staat, einer staatlichen Herrschaft übertragen habe. Jeder hat das Recht auf Leben, über einen Notstand darf nicht der entscheiden der ihn ausruft. Das BVG darf nicht über den Tod eines Menschen entscheiden oder gar ein Urteil fällen. Das sind Verbrechen gegen die Menschheit (Menschlichkeit) und diese verjähren nie, §§ 7 VstGB. Auch für Richter gibt es da keine Immunität, Art. 27, eine Strafbarkeit gibt es auch für solche, viele einzelne Menschen werden bald vor Gericht stehen. "Never Ever" heißt auf Deutsch „niemals“. Niemals, niemals! Also versuche es niemals, niemals! Es dürfen keine unschuldigen Menschen getötet werden, am 10.12. ist der Tag der Menschenrechte. Internationales Recht muss gleichwertig gelten, also auch in Deutschland.

With kind regards

RRRedaktion.eu

Anlage cc: div. Verteiler

„Für die Unabhängigkeit der Presse“ Mitglied beim VEJ, DPI-(DJV), Whistleblower-Netzwerk, im Querdenker-Club-München.